

Protokoll der 1. Sitzung

Kommission **Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe**

Donnerstag, den 22. Mai 2014, 12:00 Uhr
Sitzungssaal E 700
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Ursula Heinen-Esser
(Sitzungsleitung)
- Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Begrüßung durch den Präsidenten
des Deutschen Bundestages
Prof. Dr. Norbert Lammert

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 7**

Vorstellung und Einführung

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 7**

Organisations- und Verfahrensfragen
(u. a. Anregungen zur Geschäftsordnung,
Sitzungstermine)

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 9**

Gedankenaustausch zum Arbeitsauftrag

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 10**

Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, sowie die anwesenden Gäste BM'in Dr. Barbara Hendricks (BMUB), PSts'in Rita Schwarzelühr-Sutter (BMUB), Präs. Wolfram König (BfS) und Präs. Prof. Dr. Hans-Joachim Kumpel (BGR).

Tagesordnungspunkt 1

Begrüßung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Norbert Lammert

Der Präsident des Deutschen Bundestages begrüßt die Anwesenden und äußert Respekt vor der Aufgabe der Kommission. Er zeigt auf, dass gegebenenfalls eine zeitliche Verlängerung des Auftrags vorstellbar sei, verweist jedoch im Hinblick auf das sich anschließende Gesetzgebungsverfahren auf den politischen Wunsch, rechtzeitig vor Ende der Legislaturperiode zu einem Ergebnis zu gelangen. Zudem betont er die Bedeutung einer breiten Übereinstimmung in der Kommission für das Gesetzgebungsverfahren. Abschließend dankt der Präsident den Mitgliedern für die Bereitschaft, die Aufgabe zu übernehmen, und wünscht für das Gelingen der Kommissionstätigkeit viel Erfolg.

Die Vorsitzende dankt dem Präsidenten und stellt Einvernehmen fest, dass die ARD und das Parlamentsfernsehen die Sitzung aufzeichnen sowie zum Zwecke der Protokollerstellung eine Tonaufzeichnung erstellt wird.

Tagesordnungspunkt 2

Vorstellung und Einführung

Die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer stellen sich kurz vor.

Die Vorsitzende führt unter Bezugnahme auf das Standortauswahlgesetz und den vom Deutschen Bundestag angenommenen Antrag auf Bundestagsdrucksache 18/1068 in die umfassende Aufgabenstellung der Kommission ein. Sie hebt hervor, dass unter Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen versucht werden solle, einen breiten gesellschaftlichen Konsens in der Endlagerfrage zu erreichen. Die zentrale Frage sei, ob die Mitglieder den gemeinsamen Erfolg wollen. Insofern zitiere sie den Ko-Vorsitzenden, der bei einer ersten Besprechung drei Bedingungen als Grundlage einer erfolgreichen Arbeit formuliert habe: Man müsse sich von Alltagsfragen lösen, es müsse ein Grundvertrauen zueinander bestehen und man müsse offen miteinander umgehen.

Im Anschluss verweist **die Vorsitzende** auf die als Tischvorlage ausgelegten Materialien. Die in dem Verzeichnis des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages angeführten Unterlagen könnten bei Interesse über die Geschäftsstelle angefordert werden.

Der Vorsitzende bittet die Mitglieder der Landesregierungen, der Geschäftsstelle mitzuteilen, welche Materialien in den Ländern zur Aufgabenstellung der Kommission vorhanden seien.

Des Weiteren hält **die Vorsitzende** den Vorschlag fest, für künftige Sitzungen möglichst einen Saal zu wählen, der mehr Besucherinnen und Besuchern Platz bietet, und informiert über den im Aufbau befindlichen Internetauftritt der Kommission auf den Seiten des Deutschen Bundestages.

Tagesordnungspunkt 3

Organisations- und Verfahrensfragen (u. a. Anregungen zur Geschäftsordnung, Sitzungstermine)

Die Vorsitzende führt aus, dass im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens großer Wert darauf gelegt worden sei, dass die Tätigkeit der Kommission nicht von der Bundesregierung oder

dem neu einzurichtenden Bundesamt für kerntechnische Entsorgung dominiert wird. Gleichwohl liege es im Interesse der Kommission, wenn Vertreter des BMUB, des BMWi, des BfS und der BGR an den Sitzungen der Kommission teilnehmen. Sie stellt fest, dass hierüber Einvernehmen besteht und bittet, der Geschäftsstelle entsprechend Ansprechpartner zu benennen.

Nach einer längeren Aussprache über den Sitzungsort, in deren Verlauf im Hinblick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung insbesondere die Durchführung von auswärtigen Sitzungen und deren Zielsetzung thematisiert werden, fasst **die Vorsitzende** das Ergebnis zusammen. Sie hält fest, dass die Sitzungen in der Regel in Berlin stattfinden, regelmäßig aber auch Sitzungen „vor Ort“ stattfinden sollen, wenn die Kommission dies im Rahmen ihrer Arbeit für erforderlich hält. Zudem würden selbstverständlich auch Informationsveranstaltungen außerhalb von Berlin durchgeführt werden.

Im Hinblick auf die Sitzungstermine werden im Zuge längerer Aussprachen der Sitzungsrhythmus (4- oder 6-wöchig), die Sitzungsdauer (1-tägig oder 1 ½-tägig) sowie die Terminfindung unter Wahrung der Belange zugleich der stimmberechtigten und der nicht stimmberechtigten Mitglieder erörtert.

Die Vorsitzende hält als Ergebnis fest, dass die nächste Sitzung am Montag, dem 30. Juni 2014, 11.00 Uhr, stattfinden solle.

Zur Terminierung der weiteren Sitzungen in diesem Jahr werde zur nächsten Sitzung ein Vorschlag unterbreitet werden.

Nachfolgend eröffnet **die Vorsitzende** die Aussprache zu möglichen Themen der Geschäftsordnung der Kommission.

Im Anschluss an die Diskussion hält **die Vorsitzende** folgende Themen zur Regelung in der Geschäftsordnung der Kommission fest:

- Stärkung des Konsensprinzips
- Minderheitenrechte
- Festlegung der Sitzungstermine langfristig im Voraus
- Fertigung von Ergebnisprotokollen über die Sitzungen
- Einrichtung von Arbeitsgruppen
- Regelung zum Ausschluss der Vergabe von Gutachtaufträgen an Mitglieder sowie zur Vermeidung von Interessenkollisionen

Ergänzend führt **die Vorsitzende** aus, dass die Arbeitsgruppen grundsätzlich öffentlich tagen sollten, zu der kontrovers diskutierten Frage der Aufzeichnung der Arbeitsgruppensitzungen werde mit dem Entwurf der Geschäftsordnung ein Vorschlag unterbreitet werden.

Der Entwurf werde den Mitgliedern rechtzeitig zur nächsten Sitzung zugeleitet werden. Änderungs- und Ergänzungswünsche könnten der Geschäftsstelle bereits vor der nächsten Sitzung mitgeteilt werden.

Bezüglich der im Zuge der Aussprache angesprochenen Frage der für die Kommission verfügbaren Haushaltsmittel führt die Vorsitzende aus, dass die Beratungen über den Haushalt für das Jahr 2014 noch nicht abgeschlossen sind. Es sei jedoch anknüpfend an die Gesetzesbegründung vorgesehen, Mittel für die Kommission in den Haushalt einzustellen (u. a. 5 Mio. € für Gutachten). Darüber hinaus nimmt die Vorsitzende die Sorge der nicht durch ein Büro unterstützten Mitglieder auf, sich eventuell nicht in

dem gewünschten Umfang in die Kommissionsarbeit einbringen zu können („Chancengleichheit“). Die Vorsitzende schlägt vor zu überlegen, wie wir diesen Mitgliedern der Kommission inhaltliche Unterstützung für ihre Arbeit geben können.

Zur Frage der Stellvertretung stimmberechtigter Mitglieder erfolgt eine längere Aussprache. Darin stellen mehrere stimmberechtigte Mitglieder die aus ihrer Sicht bestehende Notwendigkeit einer Stellvertretung in begründeten Ausnahmefällen dar. Hierzu erläutern **Abg. Ute Vogt** und **Abg. Sylvia Kotting-Uhl** als Berichterstatterinnen des Standortauswahlgesetzes, dass insoweit eine Stellvertretung bewusst nicht vorgesehen worden sei. Das Stimmrecht sei angesichts der Bedeutung der Aufgabe ein hohes Gut, welches personenbezogen und nicht übertragbar sei. Teile der stimmberechtigten Mitglieder bitten den Kommissionsvorsitz bzw. die Geschäftsstelle, rechtlich tragbare Lösungen für den auf Ausnahmesituationen begrenzten Fall der begründeten Verhinderung eines Mitglieds zu entwickeln, die es ermöglichen, dass das Votum des verhinderten Mitglieds dennoch Berücksichtigung findet.

Tagesordnungspunkt 4 **Gedankenaustausch zum Arbeitsauftrag**

Im Rahmen des Gedankenaustausches werden die verschiedenen Facetten des Arbeitsauftrags und die Reihenfolge des Vorgehens erörtert, wobei unterschiedliche Vorstellungen insbesondere bezüglich des Vorgehens offenbar werden.

Angesprochen werden u. a. die Einbeziehung internationaler Erfahrungen und der Erfahrungen des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd), das Forschungsvorhaben „Entria“ und die Notwendigkeit einer Abfallbilanz.

Bezüglich des Berichts des AkEnd wird das BMUB gebeten, die diesem zugrundeliegenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich des Forschungsvorhabens „Entria“ zu Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe wird darauf hingewiesen, dass dieses auf fünf Jahre ausgelegt sei, die Ergebnisse jedoch für die Kommission von Bedeutung seien.

MR Peter Hart (BMUB) führt aus, dass eine umfassende aktuelle Studie zum Vergleich der internationalen Verfahren nicht vorliege.

Eine umfassende Abfallbilanz werde im Zusammenhang mit der Aufstellung eines nationalen Entsorgungsprogramms im Zuge der Umsetzung einer EU-Richtlinie erstellt werden. Seitens des BMUB sei beabsichtigt, bis Herbst dieses Jahres einen Entwurf zu erstellen, das Programm müsse im Sommer nächsten Jahres vorgelegt werden. **Die Vorsitzende** bittet, der Kommission die Unterlagen frühestmöglich zur Verfügung zu stellen.

Im Hinblick auf die Sorge, dass vor einer Evaluierung des Gesetzes mit dem Aufbau des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung eventuell Fakten geschaffen werden, führt **MR Peter Hart** (BMUB) aus, dass bislang keine Vorentscheidung bezüglich der Besetzung der im Haushalt für das Jahr 2014 vorgesehenen 40 Dienstposten getroffen worden sei. Es gebe lediglich eine Verwaltungsaufgabe, die eine personelle Minimalausstattung erfordere. **Der Vorsitzende** ergänzt, dass beabsichtigt sei, diese Frage auch mit Bundesministerin Dr. Hendricks zu erörtern.

Die Vorsitzende stellt Einvernehmen fest, dass die Vorsitzenden rechtzeitig zur nächsten Sitzung einen Vorschlag unterbreiten werden, der alle im Zuge des Gedankenaustausches angesprochenen Aspekte aufgreift.

Tagesordnungspunkt 5
Verschiedenes

Die Vorsitzende informiert, dass Herr Müller und sie Bundeskanzleramtsminister Peter Altmeier, Bundesumweltministerin Dr. Hendricks sowie Ministerpräsidenten der Länder um Gespräche gebeten haben.

Der Entwurf des Protokolls der heutigen Sitzung werde neben den anwesenden auch den an einer Teilnahme verhinderten Mitgliedern zugeleitet, so dass diese die Möglichkeit hätten, ihre Überlegungen zu ergänzen.

Sie stellt Einvernehmen fest, dass das Protokoll, soweit kein Widerspruch erfolgt, zwei Wochen nach Zusendung als angenommen gilt und nachfolgend auf der Internetseite der Kommission veröffentlicht wird.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am
Montag, den 30. Juni 2014, 11.00 Uhr.

Die Vorsitzenden

Ursula Heinen-Esser

Michael Müller